

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	07/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25.06.2024
Zeit:	19:00 Uhr – 21.45 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber (ab 19.10 Uhr) und Dr. Welter Stadträte Katzenstein, Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträtin Erles und Streib Stadträte Rehberger, Dr. Rothe und Wachert (bis 20.40 Uhr)</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Oppelt und Weichert (ab 19.05 Uhr) Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtin Linier und Striegel Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p> <p><u>Ortsvorsteher Dilsberg</u> Andreas Erles</p>
weiter anwesend:	Petra Polte und Malon Weiher (FB 1) Mario Horvath (TOP 3-5)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Hornung und Scholl
Urkundspersonen:	Stadträte Katzenstein und Dr. Rothe
Sachvortrag:	-----
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr, begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher. Anschließend leitet er zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Eine Bewohnerin der Seniorenresidenz Sonnenquartier, spricht einen Beschluss aus dem letzten technischen Ausschuss zur Straßensanierung in der Kurpfalzstraße an. Man habe sich hinsichtlich des Belags für die billigste Lösung entschieden. Hierbei könnten ihrer Meinung nach bald wieder Rinnen und Schlaglöcher entstehen, die Befahrbarkeit mit Rollatoren sei auf absehbare Zeit kritisch zu sehen. Asphaltierung sei vorzuziehen. Sie bitte den Ausschuss darum, nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch behindertengerechte Aspekte in die Entscheidungen einzubeziehen. Diesbezüglich habe sie auch ein Schreiben der Einwohner der Seniorenresidenz dabei. Mit welcher Haltbarkeit rechne man bei der neuen Decke?

Herr Reess nennt auf Nachfrage des Bürgermeisters eine Dauerhaftigkeit von fünf bis zehn Jahren für die beschlossene Variante.

Der Bürgermeister ergänzt, dass sich der Ausschuss bewusst sei, dass dort dauerhaft gepflegt werden müsse. Der Beschluss des ABUV stehe allerdings und sei bindend, es sei denn der Gemeinderat fasse einen anderen Beschluss.

Ein Neckargemünder Bürger, bezieht sich auf den Artikel aus der RNZ zu der in der letzten Sitzung des Gemeinderates beschlossenen Beschaffung von zwei Feuerwehrfahrzeugen. Warum sei nur ein Angebot eingegangen? Außerdem hätte man doch Förderungen ausschöpfen können.

Der Bürgermeister widerspricht vehement. Mit Förderung hätte man nur ein Fahrzeug mit bis zu 3,5 t Maximum bekommen, was aber nicht mehr den heutigen Ansprüchen an die Aufbauten entspreche. Wenn man sich an die Förderrichtlinien halte, bekäme man keine geeigneten Feuerwehrfahrzeuge mehr. Warum nur ein Bieter ein Angebot abgegeben habe, müsse der Bürger die Hersteller fragen. Auf städtischer Seite sei man jedenfalls froh, überhaupt ein Angebot bekommen zu haben.

Der Bürger wünscht dem Bürgermeister alles Gute für die Zukunft.

Der Bürgermeister entgegnet, das wünsche er dem Bürger auch.

Ein Bürger aus der Rainbach spricht den Radweg Richtung Neckarsteinach und die Schlaglöcher an. In Bayern gäbe es vernünftige Radwege an den Flüssen entlang, aber hier werde nur gespart. Außerdem fehle an der Rainbach eine Infotafel wie man dort weiterkomme. Nirgends sei ein Hinweis und oftmals werde er diesbezüglich von Radfahrern, die ohne Handynavigation unterwegs seien, gefragt.

Stadtrat Katzenstein verweist zu den Schlaglöchern auf seine Verbindungen ins Landwirtschaftsministerium.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man die Radwege in der Verwaltung auf der Agenda für einen Förderantrag habe. Der Sachverhalt sei auf der Tagesordnung bei Frau Watzelt.

Außerdem erinnert der Bürger an die Dezembersitzung und seinen Hinweis zu den fehlenden „K“s beim Schriftzug Neckargemünd an den Hinweiskästen der Parteien. Die SPD habe ihr „K“ jetzt erneuert, aber hätte sie das nicht für alle Parteien machen können?

Der Bürgermeister sagt, dass es nicht Aufgabe der SPD sei, sich auch um die Hinweiskästen der anderen Parteien zu kümmern.

Stadtrat Hertel meint, ihm sei nicht bekannt, dass die SPD etwas gemacht habe.

Der Bürgermeister bedankt sich abschließend bei dem Bürger für sei Engagement beim Blumenbeet.

Der Bürger bedankt sich und sagt, er werde das Lob auch an seine Mitstreiter weitergeben.

Die Bürgerfragestunde endet um 19.20 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Stadtrat Wachert folgende Persönliche Erklärung ab:

*„**Persönliche Erklärung zu den letzten Tagen des Wahlkampfs***: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Moll, bevor ich als Gemeinderat mit allen Akteuren hier im Raum vertrauensvoll weiterarbeiten kann, möchte ich klären, wie es dazu kommen konnte, dass nach einer dreiwöchigen Recherche durch die Rhein-Neckar-Zeitung am Donnerstag, den 06.06.24 - also 3 Tage vor der Gemeinderatswahl - eine angebliche Aussage von mir in einem halbseitigen Artikel veröffentlicht wurde, die schlicht falsch bzw. gelogen war. Die Zeitung schreibt: „Als wir Unklarheiten auf der FDP-Liste feststellten, waren wir verunsichert, inwiefern nun die Wahl gefährdet sein könnte“, betont der CDU-Chef (Patrick Keinert). „Wir haben uns lediglich beim Kommunalrechtsamt erkundigt und um Rat gesucht, ob dies gegebenenfalls eine Gefahr für die ordnungsgemäße Durchführung darstellen würden.“ Bewerten und entscheiden müsse dies selbstverständlich das Amt. „Ein offizielles Einschreiten haben wir nicht verlangt“, erklärt Keinert und betont, dass man im Vorfeld auch mit Steffen Wachert gesprochen habe. Dieser habe selbst befürwortet, das Kommunalrechtsamt offiziell, um Prüfung zu ersuchen. Dem widerspricht Wachert jedoch: „Ich fand es nicht gut, das Kommunalrechtsamt einzubinden.“ Die Zeitung, in diesem Fall Herr Moll, behauptet, Herr Keinert habe ihm diese Aussage von mir so mitgeteilt. Herr Keinert jedoch zeigt mir über Herrn Bernauer eine E-Mail auf dem Handy, aus der hervorgeht, dass er diese Aussage nicht gegenüber der Zeitung getätigt hat. Sie werden verstehen, dass ich unter solchen Umständen sowohl mit der Zeitung als auch mit dem Kollegen der CDU ein Problem habe. Zumindest solange, solange dieses Pingpongspiel nicht geklärt ist.“ Sie werden weiter verstehen, dass ich eine öffentliche Erklärung von beiden Seiten fordere, bevor ich die vertrauensvolle Arbeit hier weiter fortsetzen kann.**

Nach riesigen Anstrengungen und einer schlaflosen Nacht war am nächsten Tag dem 07.06.2024 eine kleine Gegendarstellung abgedruckt, in der es angekündigt mit der markigen Überschrift „Wusste nicht, um was es geht“ wie folgt heißt: Dieser Aussage widerspricht Wachert entschieden und erklärt wie auch Keinert, dass dieses Gespräch

am 17. April – also zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung des Wahlausschusses – stattgefunden habe. Die Information über den Formfehler sei zu diesem Zeitpunkt bereits ohne sein Wissen von der CDU ans Kommunalrechtsamt gegeben worden“. Es soll sich also irgendwie um ein Missverständnis zwischen Herrn Moll und Herrn Keinert gehandelt haben. Dies kann ich so nicht akzeptieren und stehen lassen, zumal der Artikel erst nach dreiwöchiger Recherche genau drei Tage vor der Wahl erscheint. Dies sehe ich als Versuch der Wahlbeeinflussung mit nicht akzeptablen Mitteln. Jeder von uns weiß, dass die erste Aussage und der große Artikel im Gedächtnis der Leser bleibt. Ich erwarte eine Erklärung, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Steffen Wachert

Anschließend folgt eine persönliche Erklärung von Stadtrat Bernauer:

"Vor Eintritt in die Tagesordnung - und nun unerwartet sozusagen als direkte Antwort - möchte ich eine persönliche Erklärung abgeben. Unser Kollege Wachert wurde in einem erschienenen RNZ-Artikel, welcher zwischenzeitlich richtiggestellt wurde, durch eine Formulierung in ein falsches Licht gerückt. Daher möchte ich hier nochmals öffentlich darauf hinweisen, dass wir beide - lieber Steffen - erst zwei Tage vor der zweiten Sitzung des Wahlausschusses telefoniert haben. Du konntest also keine Kenntnis von vorangegangenen Aktionen haben. Ich, und wir alle aus der Fraktion, sind sehr froh, dass sich dieses Thema ganz offensichtlich nicht auf dein Wahlergebnis ausgewirkt hat und möchten dir zu deiner eindeutigen Wiederwahl gratulieren. Ich - und mit mir die ganze CDU - hoffen, dass wir nun wieder zur gewohnt guten Zusammenarbeit zurückkehren können. Vielen Dank."

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 06/2024 vom 04.06.2024**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat La Licata hat eine redaktionelle Änderung. Deren Einarbeitung wird zugesagt.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den beiden Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 04.06.2024 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister liest den Beschluss vor.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:****Beschäftigungsverhältnisse von Instrumental- und Gesangslehrkräften nach dem Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichtes, hier: Musikschule Neckargemünd e.V. / Orchesterschule Neckartal e.V.**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Mitgliedsbeitrag von derzeit 0,81€ pro Einwohner (zusammengesetzt aus 0,51€ an Musikschule Neckargemünd e.V. und 0,30 € an Orchesterschule Neckartal e.V.) in Absprache mit allen Trägerkommunen der beiden Musikschulvereine (Neckargemünd, Bammental, Gaiberg, Lobbach, Mauer, Meckesheim, Neckarsteinach, Wiesenbach) auf 2,43€ (vollständig an Musikschule Neckargemünd e.V., Mitgliedsbeitrag an Orchesterschule Neckartal wird auf 0,00€ gesetzt) zu erhöhen.

3: **Beschaffung einer Schlauchwasch- und Pflegeanlage für die Feuerwehr Neckargemünd**3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Horvath erläutert die Vorlage. In den Haushaltsberatungen habe man den Sachverhalt intensiv diskutiert und Geld eingestellt. Der Gemeinderat könne dem Beschluss mit einem guten Gefühl zustimmen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass in der RNZ in den letzten Tagen falsch und irreführend informiert worden sei. Es handle sich bei den aktuellen Vergaben nicht um Eilentscheidungen. Vielmehr arbeite man derzeit den im Februar beschlossenen Haushalt ab. Man könne jetzt ja nicht auf den Monat September warten, bis der neue Gemeinderat im Amt sei, sondern arbeite durch und müsse somit auch Entscheidungen treffen.

Stadtrat Katzenstein nimmt Bezug auf die letzte Bürgerfragestunde und die Aussage des Bürgermeisters zur Arbeitsweise der Parlamente. Er möchte klarstellen, dass auch Parlamente alles abarbeiten würden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er das anders wahrnehme.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger sagt, er würde seine Anmerkungen zu den TOPs 3 und 4 gerne kurz zusammenfassen und für beide anmerken, dass man diesbezüglich im Januar bei den Haushaltsberatungen lange diskutiert und sich dann mehrheitlich dazu durchgerungen habe, Mittel in den Haushalt einzustellen. In der Fraktions Sitzung habe man nun festgestellt, dass in den beiden Vorlagen zu dürftige Hintergrundinformation gegeben wurde. Er bittet darum, zukünftig nicht-öffentlich weitergehende Informationen zu erhalten. Eventuell müsse man diesbezüglich auch an den Gesetzgeber gehen und sagen, dass das Vergaberecht so nicht funktioniere, wenn man als Entscheidungsgremium keine Informationen haben dürfe. Ohne richtige Information könne er die Entscheidung eigentlich nicht mit gutem Gewissen absegnen.

Der Bürgermeister informiert, dass man mit dem Städtetag an dem Thema dran sei. Es sei auch für die Bürgermeister unbefriedigend und erst am Montag habe man hierzu beim Bürgermeisterkreisverband gesprochen.

Stadtrat Bernauer fragt, ob die Anlage mobil sei. Anhand des Fotos erscheine es jedenfalls so. Oder werde sie doch - wie die alte Anlage - fest verbaut? Könne man dennoch auf mögliche Änderungen / Umbaumaßnahmen im Feuerwehrhaus reagieren?

Herr Horvath teilt mit, dass die Anlage fest verankert werde.

Stadtrat Bernauer fragt, ob sie also ähnlich wie die alte sei.

Herr Horvath entgegnet, dass sie kompakter (3 x 4 m) sei und daher weniger Raumbedarf bestehe.

Stadtrat Bernauer sagt, dass die derzeitige Schlauchwaschanlage ist ja schon länger defekt sei. Da die Schläuche aktuell entsprechend extern gereinigt werden, sei die Neuanschaffung so gesehen eine doppelte Arbeitserleichterung, da auch die Fahrzeiten entfallen. Da die Maßnahme im Haushalt vorgesehen und kostenmäßig gedeckt sei, werde die CDU zustimmen.

Herr Horvath bestätigt die Arbeitserleichterung. Man müsse die Schläuche zum Waschen nicht mehr weggeben.

Stadtrat Fritsch sagt, dass die Schlauchwaschanlage wichtig und eine sinnvolle Investition sei.

Stadtrat La Licata merkt an, dass man den Sachverhalt in den Haushaltsberatungen ausreichend besprochen habe. Die Anlage solle jetzt beschafft werden. Zum Sachverhalt „Parlament“ zitiert er § 23 der Gemeindeordnung: Der Gemeinderat sei ein Verwaltungsorgan.

Stadträtin Schlüchtermann sagt, sie sei davon ausgegangen, dass die Anlage mobil sei. Jetzt wohl doch nicht.

Herr Horvath teilt mit, dass die Anlage selbstverständlich - mit etwas Aufwand – zu verlegen sei. Wobei dieser Aufwand, im Vergleich zum Rest, eher gering sei.

Stadtrat Dr. Rothe möchte wissen, ob der Bieter eine Niederlassung in Süddeutschland hätte.

Herr Horvath sagt, dass es Servicepartner im Süden gäbe und auch Onlinewartung sei möglich.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der RUD. PREY Maschinenbau GmbH & Co. KG, Rendsburger Landstraße 187, 24113 Kiel.

4: **Beschaffung eines Grundgerätes zur Unkrautbekämpfung**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister sagt, dass man auch diesen Sachverhalt bei den Haushaltsberatungen länger diskutiert habe. Bisher verberge man die Arbeiten fremd, wolle es nun aber selber machen.

Herr Reess informiert zur Arbeitsweise des Gerätes: das Wasser im Gerät werde erhitzt und das Unkraut dann damit verbrüht. Den Vorgang müsse man sechs bis sieben Male wiederholen, um Erfolg zu haben.

Der Bürgermeister ergänzt, dass dieses Gerät so schon durch eine Fremdfirma auf dem Friedhof verwendet werde.

Herr Seidel verweist auch auf die Sekundärfunktion. Die Pflanzen würden ausgehungert.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein fragt, wann sich das Gerät inklusive der neuen Stelle rentiere.

Herr Seidel meint, in drei bis fünf Jahren, vermutlich eher schneller. Dies sei allerdings nicht von ihm kalkuliert worden.

Stadtrat Wagner stellt fest, dass sich die Beschaffung erstmal sinnvoll anhöre, die Mittel seien im Haushalt eingestellt, die Beschaffung liege im Rahmen dieser Mittel und der Bedarf für dieses Gerät, das auch ökologisch und ohne chemische Mittel arbeite, sei da. Zudem habe Herr Horvath ein gutes Gefühl. Müsse zusätzlich noch ein Fahrzeug beschafft werden oder werde es auf ein vorhandenes platziert?

Herr Reess sagt, man benötige kein weiteres Fahrzeug.

Stadtrat Wagner möchte wissen, wo im Bauhof Platz für das Gerät sei.

Herr Reess antwortet, dass es vermutlich in der Garage untergebracht werde.

Außerdem fragt Stadtrat Wagner nach den jährlichen Kosten als die Unkrautbekämpfung von einer Fremdfirma ausgeführt wurden und ob die Vollzeitstelle für einen entsprechenden Gerätebediener bereits ausgeschrieben worden sei.

Herr Reess bestätigt dies.

Stadtrat Wagner stellt fest, dass man somit nicht nur über diese 70.000€ rede, sondern dass hier Minimum noch ca. 50.000€ zusätzlich dazukämen, und das ohne Wartungs- und Fahrzeugkosten.

Stadtrat Bergsträsser teilt mit, dass die SPD zustimmen werde. Auf dem Friedhof werde bisher maximal zwei Mal pro Jahr mit dem Gerät gearbeitet. Die Pflanzen müssten im Nachgang aber beseitigt werden, nicht einfach auf den Wegen liegen gelassen.

Der Bürgermeister sagt, man nehme diesen Hinweis zur Kenntnis.

Stadtrat Fritsch meint, es gäbe eigentlich kein Unkraut. Warum man nun 70.000€ hierfür ausgeben wolle, verstehe er nicht. Könne man nicht die Kehrmaschine nutzen und bei Bedarf mit deren Stahlbürsten freibürsten. Auch für die Insekten wären Pflanzen wichtig.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass man mit der Kehrmaschine auf dem Marktplatz schon Probleme mit herumfliegenden Steinen gehabt habe. Man wolle Wege von Unkraut befreien.

Stadtrat Schmitz stellt fest, dass diese Arbeitsweise grundsätzlich besser sei als mit Gift zu bekämpfen. Aber sei hierfür eine Vollzeitstelle nötig? Oder wolle man Mann und Maschine auch an andere Kommunen ausleihen?

Herr Reess informiert, dass der neue Mitarbeiter genug zu tun haben werde.

Der Bürgermeister ergänzt, dass dieser saisonbedingt im Winter für den Winterdienst eingesetzt, und auch so sinnvolle ergänzende Arbeiten im Bauhof erledigen werde.

Stadtrat Wachert fragt, seit wann man das Unkraut mit Heißdampf bekämpfe.

Der Bürgermeister antwortet, seit 10 Jahren, davor sei mit Chemie gearbeitet worden.

Stadtrat Wachert meint, man aber solle aufpassen, was man wegbrühe.

Der Bürgermeister informiert, dass man mit dem Gerät probeweise auch die Säule (Sandstein) im Menzerpark sauber gemacht habe.

Herr Reess bestätigt, dass das Gerät funktional einsetzbar sei.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei drei Enthaltungen die Beauftragung der Eugen Unkauf GmbH & Co. KG, Alte Untergruppenbacher Str. 1, 74232 Abstatt-Happenbach.

5: **Infrastruktur Winterdienst: Notwendige Erneuerung der Streusalzsilos**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 Bauwesen & Recht ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Feßenbecker erläutert seine Vorlage.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein fragt, ob man nicht auch ein Salzsilo mit Salzsole an der Kriegsmühle habe. Könne man nicht dieses nutzen?

Herr Reess korrigiert dahingehend, dass das Silo an der Kriegsmühle auch ein Salzsilo sei. Es reiche aber nicht aus.

Stadtrat Katzenstein fragt, warum man beides (Salzsilo und Salzsole) brauche.

Herr Reess erklärt, dass beides gemischt werde. Man brauche beides.

Stadträtin Oppelt sagt, dass Stadtrat Katzenstein ihr die Frage nach dem Streusalzsilos in der Kriegsmühle vorweggenommen habe. Hier interessiere die CDU noch, ob das Silo ggf. auch für anderes Streumaterial genutzt werden könne, falls hier eine Wende eintrete, welches Material genutzt werden solle.

Herr Feßenbecker sagt, das Silos sei nur für rieselfähiges Streusalz.

Stadtrat La Licata meint, man solle zustimmen, da ein Einsturz der Silos nicht riskiert werden könne.

Stadträtin Dr. Welter fragt, ob der Einsatz des externen Gutachters verpflichtend gewesen sei. Habe man das nicht selbst beurteilen können?

Herr Seidel sagt, dass er in Anbetracht der nötigen 100.000€ und zur Sicherstellung des Winterdienstes lieber ein zweites Augenpaar darüber schauen lassen wollte. Der Gemeinderat hätte bestimmt nach einer zweiten Meinung gefragt.

Stadtrat Schmitz hinterfragt, ob man tatsächlich noch weitere Silos brauche, wenn man doch das Silo an der Kriegsmühle habe und insgesamt der Umwelt zuliebe weniger Streusalz eingesetzt werden sollte.

Herr Horvath gibt zu bedenken, dass man jetzt im August alle Silos zu 1/3 der Kosten vom Dezember befüllen könne. Es sei ein wirtschaftliches Thema, wenn man jetzt im Sommer frühzeitig kaufen könne und im Dezember nicht nachkaufen müsse.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man im Winter in den vergangenen Jahren seines Wissens kein Streusalz nachgekauft habe.

Herr Feßenbecker gibt außerdem zu bedenken, dass eine grundsätzliche Befüllung über das Silo in der Kriegsmühle besonders für die langsamen Klein-Streufahrzeuge nicht darstellbar sei.

Der Bürgermeister ergänzt, dass manche Mitarbeiter das befüllte Fahrzeug bereits am Vorabend mit nach Hause nehmen, um dann von dort aus gleich mit der Streufahrt zu beginnen.

Stadtrat Fritsch fragt nach dem Gesamtvolumen für die Stadt im Jahr 2023/2024.

Der Bürgermeister sagt, man habe den Jahresbestand aufgebraucht.

Stadtrat Rehberger stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Diskussion zu beenden und abzustimmen. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom aktuellen Sachstand und beauftragt die Verwaltung einstimmig bei zwei Enthaltungen mit der Ersatzbeschaffung zweier Streusalzsilos inkl. Austragung zur Sicherstellung des Winterdienstes in Neckargemünd.

6: **Durchführung einer Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz im Bereich Weststadt**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des F1 Hauptverwaltung sowie die in der Sitzung gezeigte Präsentation sind dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Kurch erläutert ihre Vorlage und gibt einen Überblick zum aktuellen Stand der kommunalen Wärmeplanung. Bestands- und Potentialanalyse seien abgeschlossen und man stehe nun am Beginn der Entwicklung des Zielszenarios. Für September sei die zweite Sitzung für die Projektgruppe (Stadtrat, Ortschaftsräte, Klimaschutzbeirat) und im Oktober/November die zweite Öffentlichkeitsbeteiligung geplant. Im Bereich Weststadt sei das SBBZ aufgrund von dortigem Schulbetrieb, Internat und Schwimmbad ein wichtiger Ankerkunde, mit dem vieles stehe oder falle. Problematisch sei nun, dass das SBBZ relativ schnell wissen müsse, ob im dortigen Bereich ein Wärmenetz komme oder nicht. Deshalb habe man den Sachverhalt vorgezogen und heute zur Beratung vorgelegt. Der Bund fördert die Errichtung von Wärmenetzen über das Programm „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“. Bei der Förderung bauten die Module 1 bis 4 zeitlich aufeinander auf. Die Machbarkeitsstudie würde über das Modul 1 als nicht rückzahlbarer Zuschuss mit 50 Prozent der förderfähigen Kosten gefördert.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Kurch für die Ausarbeitung. Sie sei mit Eifer an dem Thema dran. Es sei jetzt wichtig, dass das SBBZ keine Insellösung mache, denn dann sei die Realisierung von Nahwärme in diesem Bereich schwer umsetzbar. Eine Zustimmung sei also alternativlos.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Schmitz bedankt sich für die exzellente Vorlage. Vor 15 Jahren habe es schon einmal eine diesbezügliche Initiative gegeben, damals vom Gemeinderat vorangetrieben und das SBBZ sei damals abgesprungen. Die Initiative, dass das SBBZ

bis 2030 klimaneutral beheizt werden müsse, sei jetzt vom Land ausgegangen, das SBBZ daher Nutznießer, wenn es das Vorhaben mit und über die Stadt erreichen könne. Wäre es daher denkbar, dass sich das Land an den Kosten der Machbarkeitsstudie beteilige? Außerdem erschienen ihm die Kosten der Machbarkeitsstudie relativ hoch. Sei dies abhängig davon, wie groß das untersuchte Gebiet sei, sprich wäre auch die Grundschule dabei? Zuletzt möchte Stadtrat Schmitz wissen, was mit den anderen Bereichen der Stadt sei. Verbaue man sich mit diesem Förderantrag dann womöglich den Rest?

Frau Kurch informiert, dass man immer nur für ein Gebiet einen Förderantrag stellen werde, mehrere seien möglich. Zur Größe des untersuchten Gebietes könne sie noch nichts Konkretes sagen, es stehe demnächst ein weiterer Jour-fixe an, wo es genau darum gehe. Sie vermute aber, dass es sich um das Gebiet nördlich und südlich der Bahnlinie handle, inklusive Feuerwehr und Schule. Man sei gerade daran, das zu unterscheiden.

Stadtrat Schmitz stellt fest, dass es sich dort eigentlich um kein typisches Nahwärmegebiet handle. Er möchte wissen, ob die Studie auch die Benennung möglicher Wärmequellen einschließe.

Der Bürgermeister bestätigt das.

Frau Kurch ergänzt, dass es tatsächlich Bestandteil des Antrags sei, Wärmequellen zu benennen.

Der Bürgermeister sieht eine Anfrage an das Land bzgl. einer Kostenübernahme kritisch. Das SBBZ könne auch eine Insellösung machen, er wolle die Beteiligten nicht verschrecken. Zudem sei das SBBZ letztlich ein normaler Kunde, andere Hausbesitzer werden auch nicht an den Kosten der Machbarkeitsstudie beteiligt. Die Stadt erstellt die Machbarkeitsstudie eigenständig, um später die Entscheidungshoheit über die Vergabe der Konzession zu haben.

Stadtrat Rehberger meint, dies sei ein richtiger Ansatz. Auch wolle er Stadtrat Schmitz dahingehend widersprechen, dass das Gebiet mit dem SBBZ und der Grundschule seiner Meinung nach geradezu prädestiniert für Nahwärme sei. Vor 15 Jahren, beim ersten Vorstoß, sei die Zeit vielleicht noch nicht reif genug gewesen. Das Geld sollte jetzt investiert werden und ein Gebiet, so groß wie möglich, untersucht werden.

Der Bürgermeister findet, dass Neckar und Elsenz die Grenzen sein sollten.

Stadtrat Katzenstein meint, das sollten Spezialisten entscheiden.

Frau Kurch informiert, dass einzelne Hauseigentümer jetzt schon mit Nachfragen an sie herantreten.

Stadtrat Rehberger pflichtet dieser Aussage bei und meint, wenn man als Hauseigentümer wisse, dass sich in fünf bis zehn Jahren etwas tue, dann würde man entsprechend überbrücken. Man müsse aber wissen wo die Reise hingehe.

Stadtrat Bernauer erinnert daran, dass man sich als Gremium für die kommunale Wärmeplanung ausgesprochen habe. So schaffe man für die Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit. Dass nun ein Bereich vorgezogen werden müsse, begrüße man. Gerne könne es auch mal schneller gehen. Zwar entstünden jetzt Kosten, diese wären aber ohnehin auf die Stadt zugekommen. Die Möglichkeiten, Synergien mit dem SBBZ zu sichern, fände man folgerichtig, da ein wirtschaftlicher Betrieb des Nahwärmenetzes wahrscheinlicher werde. Er signalisiere daher klare Zustimmung der CDU. Da keine Kostenbeteiligung des Landes geschehen könne, wäre die Frage,

ob man nicht zumindest die Kontakte zwischen Ingenieurbüro und Vermögen & Bau BW herstellen könne, um mögliche bereits bestehende Ideen zu nutzen.

Stadtrat Hertel bedankt sich ebenfalls, dass man schneller angefangen habe. Seinerzeit scheiterte es am SBBZ, jetzt fange man wegen dem SBBZ schneller an. In dem Gebiet lägen auch die Grundschule und die Banngartenhalle. Zum Ablauf stelle sich ihm die Frage, ob nicht der neu gewählte Gemeinderat die weitreichende Entscheidung zur Einstellung der Gelder in 2025/2026 entscheiden sollte.

Der Bürgermeister informiert, dass die Finanzierung bei der Antragstellung sichergestellt sein müsse. Man habe keine Zeit zu warten.

Herr Seidel bekräftigt, damit die Finanzierung für die Beantragung der Förderung gesichert sei, müssten die Mittel konkret in die Haushaltspläne verankert werden.

Stadtrat Fritsch sagt, dass die Stadt die Wärmenetze nicht bauen könne. Auf dem Zeitstrahl bis 2029, wer verdiene daran? Man gehe mit viel Geld in Vorkasse.

Der Bürgermeister erklärt, dass man die Machbarkeitsstudie in Auftrag geben wolle, um die Datenhoheit zu haben. Die Stadt müsse vorausschauend planen und die Daten liefern. Ohne die Machbarkeitsstudie werde man keinen Betreiber für ein Netz finden.

Stadtrat Katzenstein ruft in Erinnerung, dass der neue Gemeinderat zu gegebener Zeit über die Vergaben entscheiden werde. Sollte man an irgendeinem Punkt feststellen, dass das SBBZ doch in eine andere Richtung denke, möge man sich bitte an ihn wenden, so dass er seine Kontakte zur Staatssekretärin spielen lassen könne. Für das Land könne diese Konstellation (SBBZ/Stadt Neckargemünd) ein Vorzeigeprojekt werden.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Durchführung einer Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz im Bereich Weststadt zu. Der Gemeinderat beschließt die Teilnahme am Förderaufruf zur Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) und beauftragt die Verwaltung nach Erhalt des Zuwendungsbescheids mit der Durchführung des Vergabeverfahrens. Der Gemeinderat beschließt weiterhin die Zurverfügungstellung von Haushaltsmitteln für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 in Höhe von insgesamt 150.000€.

Alle Beschlüsse werden einstimmig bei einer Enthaltung gefällt.

Es folgt eine Pause von 20.30 – 20.35 Uhr.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes nimmt Stadträtin Striegel aufgrund von Befangenheit im Zuschauerraum Platz.

7: **Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister übergibt das Wort an Herrn Weiher. Herr Weiher habe wieder eine sehr detaillierte Vorlage vorbereitet, in der er auch wieder auf die aktuellen Entwicklungen eingehe.

Herr Weiher bedankt sich beim Bürgermeister für die einführenden Worte. Bereits im Hauptausschuss habe man den Themenkomplex behandelt. So mache der Fachkräftemangel mittlerweile auch in Neckargemünd Probleme, dies sei vor ein bis zwei Jahren noch nicht so deutlich der Fall gewesen. Punktuell habe man im Laufe des Kindergartenjahres 2023/2024 bereits Betreuungszeiten einschränken müssen. Man versuche, weiteres qualifiziertes Personal zu akquirieren und den Pool an Springerkräften zu erweitern. Gleichzeitig werde der Förderbedarf der Kinder immer höher. Waren früher nur ein oder zwei Kinder pro Einrichtung schwierig, so sei es mittlerweile in manchen Einrichtungen bis fast die Hälfte der Kinder einer Gruppe. U.a. aufgrund der Ganztagesbetreuung verlagere sich die Erziehung der Kinder immer mehr von den Eltern auf die Einrichtungen und damit auf das Personal. Zudem spielten coronabedingte Aspekte und Migrationshintergründe (Sprachbarrieren) oft eine Rolle. Oftmals wollten die Eltern vom Förderbedarf ihrer Kinder nichts hören. Insgesamt fehlten darüber hinaus, auf der Ebene der ärztlichen/klinischen Strukturen zur Feststellung besonderer Förderbedarfe, die Kapazitäten. 2021 sei ein geburtenschwacher Jahrgang gewesen, aktuell steigen die Geburtenzahlen wieder an.

Der Bürgermeister hebt hervor, dass Herr Weiher in ständigem Austausch mit den Einrichtungsleitungen sei und auch die Austauschtreffen mit allen, auch nichtstädtischen, Leitungen hätten sich bewährt.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser bedankt sich für die Ausführungen. Diese hätten ihr einen sehr weitreichenden Einblick gewährt. Wie sähe es mit der im letzten Jahr angeregten bevorzugten Aufnahme von Kindern alleinerziehender Eltern aus?

Herr Weiher informiert, dass man die Aufnahmekriterien gerade überarbeite und ein Punktesystem für die städtischen Einrichtungen anstrebe. Der interne Beschlussvorschlag würde dann dem neuen Gemeinderat vorgelegt.

Stadträtin Groesser stellt fest, dass dieser dann leider erst nach zwei Jahren greife.

Stadträtin Streib bedankt sich ebenfalls für die gut aufbereitete Vorlage. Wie sähe es mit der zentralen Anmeldung aus? Aktuell würden viele Eltern ihre Kinder bei mehreren KiTas anmelden, um sicher zu gehen, einen Platz zu erhalten.

Herr Weiher bestätigt, dass man auch hier im Austausch sei, allerdings fehle es an Personal für die Umsetzung.

Stadträtin Groesser fragt, ob auch die Technik fehle.

Herr Weiher verneint das. Es müssten aber z.B. vorbereitend im besten Falle u.a. auch die Aufnahmekriterien vereinheitlicht werden.

Der Bürgermeister bestätigt, dass oftmals, um Ressourcen zu sparen, zunächst investiert werden müsse.

Stadträtin Streib stellt fest, dass der Springerpool wichtig sei. Auch steige der Förderbedarf der Kinder und es benötige mehr Sozialberatung. Sie habe den Eindruck, dass die Eltern oftmals die Erziehung nicht mehr schafften und Unterstützung benötigten. Könne man z.B. zusätzliche Elternabende anbieten und Präventionsarbeit leisten. Man möge auch das „Stärke“-Programm des Jugendamts

als Anregung in die Treffen mitaufnehmen und gerne installieren. Auch sei traurig, dass fast die Hälfte der Kinder Bedarf an Sprachförderung hätten.

Stadtrat La Licata sagt ebenfalls danke für die detaillierte und gelungene Präsentation. Er habe einen guten Draht zu einigen Erzieherinnen und was ihm von diesen gespiegelt wurde, sei im Bericht aufgetaucht.

Stadtrat Fritsch sagt „Kompliment für die Mammutaufgabe“. Vor Jahren habe man einen privaten Träger gehabt, der Kindergärten habe übernehmen wollen. Jetzt habe man eine Lücke. Könne man nicht aus Nachbarkommunen Träger holen?

Herr Weiher antwortet, dass man immer neue Träger mit ins Boot nehmen könne, aber dies löse den Fachkräftemangel nicht. Die Bezahlung sei vielmehr eher ein Ansatz.

Stadtrat Fritsch meint, dass ein neuer Träger die Fachkräfte mitbringe.

Der Bürgermeister stellt klar, dass man grundsätzlich kein Platzproblem habe und somit auch keinen weiteren Träger benötige. Aber man habe mittlerweile eben auch in Neckargemünd Fachkräftemangel, wobei man aber sagen müsse, dass man über einen festen, treuen Stamm an Fachkräften verfüge und wenig Fluktuation habe.

Stadträtin Oppelt bedankt sich bei Herrn Weiher für die umfassende und wie immer selbsterklärende Vorlage sowie für seinen guten Draht zu den Erzieherinnen. Ihrer Meinung nach müssten die Eltern mehr unterstützt werden. Und Fachkräftemangel sei definitiv da und könne nicht wegdiskutiert werden.

Stadtrat Hertel dankt für die hervorragende Darstellung. Es sei erschreckend zu sehen, was auf die Erzieherinnen zukomme. Gäbe es Fortbildungen, die wahrgenommen werden könnten?

Der Bürgermeister sagt, dass man sehr viel Wert auf Aus- und Fortbildung lege.

Herr Weiher antwortet, dass man eigentlich auch eher an die Eltern herangehen und diese wieder stärker mit ins Boot nehmen sollte.

Stadtrat Katzenstein sagt, dass er die Kritik am Erprobungsparagrafen nicht verstehe. Dieser sei auf Forderungen der kommunalen Spitzenkräfte zurückgegangen.

Herr Weiher informiert, dass man die kreisweiten Anträge hierzu an zwei Händen abzählen könne. Es bestehe eben ein Spannungsfeld, wenn diese Kräfte bei weniger Qualität gleich bezahlt werden würden, wie Erzieherinnen nach vierjähriger Ausbildung.

Frau Polte merkt an, dass sich Stadträtin Striegel im Zuschauerraum melde.

Der Bürgermeister sagt, dass Frau Striegel sich aufgrund von Befangenheit auch im Zuschauerraum nicht äußern dürfe.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nimmt die vorliegende Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025 zur Kenntnis. Er beschließt einstimmig bei einer Enthaltung die Aufnahme der in der beiliegenden Berechnung aufgeführten Einrichtungen aus Neckargemünd und seinen Ortsteilen in die kommunale Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025.

8: **Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen – Beschluss über die neuen Gebührensätze zum Kindergartenjahr 2024/2025**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister sagt, dass man immer im Juni über die neuen Gebührensätze beschließen, damit für die Träger, die sich an den beschlossenen Gebührensätzen orientieren bzw. diese umsetzen, genug Vorlauf für die Umsetzung ab dem neuen Kindergartenjahr verbleibe.

Herr Weiher informiert, dass der Kostendeckungsgrad durch die Elternbeteiligung je nach Betreuungsform zwischen 17-22% liege, in der Gesamtheit unter 20%.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Rehberger bemängelt, dass das Land Baden-Württemberg keine Kosten übernehme. Weniger Geld in Fahrradwege und mehr Geld in die Kinderbetreuung täten gut.

Stadtrat Katzenstein teilt mit, dass die Grünen den Beschlussvorschlag wie in jedem Jahr ablehnen werden.

Stadträtin Streib sagt, dass man den Wunsch an die Landespolitik herantragen möge, dass die Kindergartenbetreuung kostenfrei werde. Aufgrund der aktuellen städtischen Finanzlage werde man dem Beschlussvorschlag aber zustimmen. Wenn die Erhöhung verkündet werde, möge man von städtischer Seite darauf hinweisen, dass die Gebühren bei der Steuer abgesetzt werden könnten und den Eltern außerdem ein Informationsblatt mit Anlaufstellen an die Hand geben, wo sie Unterstützung erhalten könnten.

Stadträtin Oppelt sagt, dass auch die CDU grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Gebührensätze sei. Jedoch sähe man aufgrund der finanziellen Situation der Stadt die Notwendigkeit und schlage daher als CDU den Kompromiss einer moderaten Erhöhung um nur 3,5% vor, damit den Eltern etwas mehr Geld in der Tasche bliebe.

Stadträtin Striegel gibt ihre persönliche Meinung wieder und sagt, dass es ein schlechtes Zeichen an die Eltern sei, inmitten des Fachkräftemangels und gekürzter Öffnungszeiten die Gebühren zu erhöhen. Unter diesen Voraussetzungen, dass Großeltern Betreuungszeiten auffangen müssten, sei es nicht gegeben, Gebühren zu erhöhen.

Stadtrat Fritsch meint, dass man erhöhen müsse. Seine Sorge gelte Eltern mit Migrationshintergrund und sozial Schwachen.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass es für diese Gruppen Möglichkeiten der Hilfestellung gäbe. Stadträtin Streib habe es schon erwähnt. Man möge der Erhöhung zustimmen.

Stadtrat La Licata sagt, dass Erziehung und Bildung ein Menschenrecht sei und somit Aufgabe des Landes und des Bundes. Er lehne jegliche Gebühren ab.

Stadtrat Dr. Rothe gibt zu bedenken, dass eine Erhöhung der Gebühren aufgrund der Haushaltssituation alternativlos sei. Von den Ablehnern wolle er wissen, wo man den Betrag wieder einsparen wolle. Die Grünen lehnten seit drei oder vier Jahren immer

ab und bezögen sich dabei auf eine Tabelle, wo diesbezügliches definiert sei - aber nie würde diese vorgelegt. Dies sei eine „Blackbox“.

Stadträtin Linier sagt, dass sie heute ihr Enkelkind betreut habe. Eltern hätten wirklich ein Problem. Sei eine Erhöhung z.B. erst zum Januar 2025 möglich?

Der Bürgermeister sagt, dass er das für schwierig halte. Er werde auch gegen eine geringere Erhöhung stimmen, denn das Defizit hole man nie wieder auf. Die Stadt müsse alles weiterzahlen. In Waldhilsbach habe man eine besondere Situation gehabt, weil krankheitsbedingt auf einen Schlag 60% der Erzieherinnen ausgefallen seien. Ein SPD-Stadtrat habe seinerzeit nur städtische KiTas gewollt, die öffentliche Hand zahle es.

Stadträtin Striegel sagt, dass, auch wenn sie sich unbeliebt mache, Kosteneinsparung beim Bohrermarkt stattfinden könne. Es stelle sich ihr die Frage, ob man wirklich fünf Tage einen Bohrermarkt feiern müsse, denn hier könnten Kosten eingespart werden. Sie persönlich benötige eher die Kinderbetreuung statt fünf Tage Bohrermarkt.

Der Bürgermeister antwortet, dass andere fünf Tage Bohrermarkt brauchen und keine Kinderbetreuung.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd lehnt die neuen Gebührensätze gemäß der vorliegenden Alternative (Erhöhung um 7,5%) mit sechs Ja- zu sechs Neinstimmen, Rest Enthaltungen, ab. Auch der Vorschlag einer geringeren Erhöhung um 3,5%“ wird mit sechs Ja- zu acht Neinstimmen (Rest Enthaltungen) abgelehnt.

Der Bürgermeister kündigt direkt im Anschluss an, gemäß § 43 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg Widerspruch gegen den Beschluss einzulegen, da dieser nachteilig für die Stadt ist. Innerhalb von drei Wochen müsse dann eine Sondersitzung einberufen werden, worin der Tagesordnungspunkt dem Gemeinderat erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

9: **Anpassung der Betreuungsentgelte für die Angebote der außerschulischen Betreuung – Beschluss über die neuen Entgeltsätze zum Kindergartenjahr 2024/2025**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 - Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister informiert, dass man hier mit der Hälfte des Prozentsatzes aus dem Empfehlungsschreiben kalkuliert habe, da hier bereits ein höherer Deckungssatz vorliege.

9.2: **Beratung:**

Stadträtin Streib signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

Stadträtin Oppelt meint, dass man die vorgeschlagene Erhöhung um 3,75% als moderat erachte. Dennoch könne man sich auf lange Sicht eine Gegenfinanzierung

vorstellen, indem sich die Umlandkommunen an den Schulen beteiligten. Über einen Schulzweckverband könnte querfinanziert werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es hier um den Grundschulbereich gehe. Schuleinpendler fielen erst ab den weiterführenden Schulen ins Gewicht.

Stadträtin Oppelt sagt, die CDU werde zustimmen.

Stadtrat La Licata sagt, er werde sich enthalten. Es ginge zwar um außerschulische Betreuung, sei aber dennoch nicht in Ordnung.

Stadtrat Fritsch sagt er werde zustimmen. Man leiste ja auch etwas.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt die neuen Entgeltsätze gemäß der vorliegenden Alternative. Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt ferner, den beiliegenden Entwurf der Entgeltordnung für die außerschulische Betreuung mit den angepassten Entgeltsätzen. Die Satzung soll zum 01.09.2024 angewendet werden. Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd spricht sich darüber hinaus für die Anwendung der Gebührenstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“ aus. Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt, die Ferienbetreuung in den Sommerferien 2024 noch komplett nach den alten Entgeltsätzen abzurechnen.

Die Beschlüsse werden mit 14 Ja- zu einer Neinstimme bei 11 Enthaltungen gefällt.

10: **Vorberatung der 160. Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 27. Juni 2024 um 14.00 Uhr**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit/Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

10.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig bei einer Enthaltung folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 160. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 27.06.2024, 14 Uhr, im Klärwerk Nord:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung/Ablehnung	
A.1	Verpflichtung neuer Mitglieder	Kenntnisnahme	
A.2	Verabschiedung bisheriger Mitglieder	Kenntnisnahme	
A.3	Vorläufiger Rechnungsabschluss 2023 - Mündlicher Sachstandsbericht -		
A.4	Anteilige Schulden und Vermögen 2023 - Mündlicher Sachstandsbericht -		
A.5	Haushaltssatzung 2024		

	- Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität		
A.6	Flockungsmittel und Betriebs-chemikalien Vergabe eines Lieferauftrages für die Phosphatfällmittel Sept. 2024 bis Aug. 2025	x	
A.7	Errichtung einer vierten Reinigungsstufe Nachträgliche Information über den Abruf der weiteren Ingenieurleistungen ab Leistungsphase 5 ff	x	
A.8	Erneuerung des Dükers zwischen KW Nord und KW Süd- Maßnahmengenehmigung	x	
A.9	Information über die Aufnahme eines Investitionskredits		
A.10	Verschiedenes		

11: Mitteilungen und Anfragen

11.1: Termin Ehrungen ausscheidende Stadträte Schimpf und Rehberger

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Ehrungsveranstaltung auf Freitag, 19.07. um 18.00 Uhr in der Aula des Schulzentrums terminiert wurde. Die Einladungen würden diese Woche noch versandt.

Stadtrat Schimpf informiert, dass Stadtrat Rehberger und er sich darauf verständigt hätten, auf persönliche Geschenke zu verzichten und stattdessen um eine Spende für das DRK zu bitten.

Der Bürgermeister findet dies eine sehr gute Sache.

11.2: Gekürzte Fördersätze beim Integrationsmanagement

Der Bürgermeister informiert über die sich zum 01.01.2025 zum Negativen ändernde Förderung. Für die Integrationskosten würden die baden-württembergischen Landkreise knapp 60 % weniger an Geldern erhalten, die dann von dort an die Kommunen weitergegeben würden. Ukrainer würden nicht mehr berücksichtigt. Die Bürgermeister im GVV, hierüber würde das Integrationsmanagement gemeinsam erfüllt, müssten sich nun unterhalten wie es weitergehe. Für Neckargemünd stünden ca. 30.000 € Mehrkosten im Raum. Grundsätzlich würde man gerne so weitermachen wie bisher, und das Personal weiter beschäftigen. Alternativ müsse man dem RNK mitteilen, dieser solle die Aufgaben übernehmen, was dieser dann wieder weiterdelegieren werde.

Stadtrat Katzenstein korrigiert, dass die diesbezügliche Verwaltungsvorschrift bereits vom 06.06.2023 sei.

Der Bürgermeister sagt, dass der RNK aber erst jetzt mit geldhinterlegten Sätzen auf die Stadt zugekommen sei. Seit 10.06. liege die Information vor und die Kürzung sei Fakt. Herr Seidel sei in den Sachverhalt miteingebunden.

11.3: Persönliche Erklärung Stadtrat Schmitz

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, jetzt ist es doch passiert, zum dritten Mal hintereinander hat das Volk mir seinen Wählerunwillen

gezeigt - und diesmal werde ich, schaut man auf meine Platzierung auf der Liste der Ersatzbewerber, auch nicht erneut hierher zurückkommen. Da ich leider an der Sitzung im Juli nicht teilnehmen kann, ist es heute Zeit für mich, Abschied vom Gemeinderat zu nehmen. Lasst mich deshalb ein paar Worte sagen - ich weiß, das ist keine formelle Verabschiedung und ich erwarte auch keine Antwort von Euch, aber es wird für mich das letzte Mal sein, dass ich dieses Gremium in dieser Zusammensetzung ansprechen kann. Ich mach auch nicht sooo lang! Seit 1989 gehörte ich diesem Gemeinderat an, so lange wie die Kollegen Rehberger und Bergsträsser, und auch in den beiden Zeitabschnitten von jeweils 2-3 Jahren bis zu meinem erneuten Nachrücken war ich, z.B. im Bauausschuss und im Partnerschaftsausschuss ehrenamtlich für die Stadt aktiv. Das ist eine lange Zeit (35 Jahre) und manch einer oder eine würde fragen: „Warum tust Du Dir das an?“ Meine Antwort darauf war und ist: „Weil ich das gerne mache.“ Wir haben in Neckargemünd eine **Stadtverwaltung** - und eine unserer Aufgaben als Gemeinderat ist es, aufzupassen, dass die ihren Job richtig macht. Aber die eigentliche Aufgabe eines Gemeinderats ist nach meinem Verständnis die **Stadtgestaltung**, die Suche nach Wegen, unser Neckargemünd noch besser aufzustellen und lebenswerter zu machen. Daran mitzuwirken war immer der eigentliche Antrieb für mich; man nennt das neudeutsch **Selbstwirksamkeit**. Diese Stadtgestaltung ist so wichtig, weil wir Neckargemünd als lebendiges Gemeinwesen nur erhalten können, wenn wir es ständig verändern, wenn wir es den sich stetig wandelnden Erfordernissen anpassen. Ein Gemeinwesen ist wie ein Baum; der muss immer wieder neue Blüten und Triebe entwickeln, sonst stirbt er ab. Gerade wenn wir Neckargemünd so mögen, wie es ist, dürfen wir es nicht zu konservieren suchen, sondern müssen es immer wieder erneuern und weiterentwickeln. Das Gestalten ist in den letzten 35 Jahren immer schwieriger geworden, nicht nur wegen der notorisch knappen Finanzen, sondern nach meinem Gefühl noch mehr durch die überbordende Bürokratie. Unzählige Vorschriften übergeordneter Behörden, oft aber auch unsere eigenen Regeln, binden uns die Hände, viel zu viele Beschlüsse sind „alternativlos“ - und das ist nicht erst seit Corona-Zeiten so. Wir verlieren so die Kontrolle, die wir durch diese Regeln und den Rat von Experten doch gerade behalten wollten, weil wir unsere eigene Kreativität und die Schaffenskraft unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger damit wegbügeln. Das muss sich ändern. Wenn wir also wieder als Gemeinderat mehr **Selbstwirksamkeit** erlangen wollen, wenn wir wieder zu einer **Stadtgestaltung** kommen wollen, dann müssen wir als erster Schritt wieder mehr über alle Fraktionsgrenzen hinweg zusammenarbeiten, müssen auch mal einen unkonventionellen Gedanken zulassen, müssen uns selbst als Gremium und jeden einzelnen von uns in seinem persönlichen Engagement wertschätzen. Dazu gehört auch, Respekt zu erweisen und zuhören zu können, das Argument zu sehen und abzuwägen und nicht mit vorgefasster Meinung an Personen und Themen heranzutreten. Dieser gegenseitige Respekt und die Wertschätzung der anderen Meinung hat in den vergangenen 35 Jahren leider nach meinem Dafürhalten etwas abgenommen, es gab für meinen Geschmack etwas zu viel Unduldsamkeit hier unter uns. Dennoch darf ich für mich persönlich sagen, dass ich mich hier unter Euch immer sehr wohlgeföhlt habe, weshalb ich mich bedanken möchte für die vielen Beweise aufrichtiger Wertschätzung in all den Jahren. Ich kann glaube ich mit einem gewissen Stolz sagen, dass mein Wirken in diesem Gremium nicht ohne Folgen geblieben ist, ob diese sich nun zum Guten oder Bösen auswirken,

*werden die Nachfolger*innen beurteilen. Ich wünsche den ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen ein schönes Leben ohne unsere monatlichen Zusammenkünfte, und den Wiedergewählten eine glückliche Hand bei ihren Entscheidungen. Ich wünsche uns allen, vor allem aber dem neuen Gemeinderat mit den zahlreichen frischen Gesichtern und dem neu gewählten Bürgermeister einen schwungvollen Neuanfang, viel Erfolg und Selbstwirksamkeit - und dass wir alle gemeinsam ein Stückweit unsere Gestaltungsmacht in unserer schönen kleinen Stadt zurückgewinnen. Ich möchte Euch alle gern im Anschluss noch auf ein Glas einladen, oder auch zwei, ich habe in der Wirtschaft unser Kommen mit 22:00 Uhr angegeben, also macht alle hinne und ich mache auch Schluss -vielen Dank!"*

11.4: **Fassadenarbeiten am Alten Rathaus**

Stadtrat Hertel fragt nach den Skulpturen an der Fassade vom Alten Rathaus, die entfernt worden seien. Er sei angesprochen worden und habe geantwortet, das habe restauratorische Gründe.

Herr Seidel informiert, dass die Skulpturen bei einer Fachfirma seien.

11.5: **Dorfentwicklung Waldhilsbach**

Stadtrat Katzenstein sagt, über den Ortschaftsrat Waldhilsbach habe er erfahren, dass ein erstes Gespräch zur Dorfentwicklung stattgefunden habe. Ihn interessiere, wie der Anbieter ausgesucht worden sei.

Herr Seidel informiert, dass es sich um ein erstes Beratungsgespräch gehandelt habe.

11.6: **Ehrenbürgerwürde**

Stadtrat Fritsch stellt fest, dass man sich in manchen anderen Gemeinden nach zehn Jahren Tätigkeit als Stadtrat „Altstadtrat“ nennen dürfe. Warum könnten Stadträte nach 20 Jahren Tätigkeit nicht automatisch zum Ehrenbürger ernannt werden?

Der Bürgermeister sagt, dass hierfür zunächst die Ehrungsrichtlinien der Stadt geändert werden müssten. Man nehme die Anfrage zur Kenntnis. Verwunderlich sei nur, dass die Anfrage jetzt käme, wo Stadtrat Fritsch aus dem Gremium ausscheide.

11.7: **Ölkrugbrunnen**

Stadtrat Dr. Rothe regt an, den Ölkrugbrunnen aufzuhübschen. Er sei doch ein Wahrzeichen von Neckargemünd, und sollte nicht in einem desolaten Zustand bleiben.

11.8: **Sanierung Grundschule, Außengelände**

Stadträtin Schlüchtermann fragt nach dem Zeitplan.

Herr Seidel sagt, dass er in der Sondersitzung mehr dazu sagen könne.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Sondersitzung nur für die Beratung des Themas Kindergartengebühren vorgesehen werde. Man werde keine weiteren Grundsatzdiskussionen in dieser Sitzung beginnen.

11.9: **Straßenabsenkung**

Stadtrat Bergsträsser informiert, dass es in der Parkstraße seit heute eine Straßenabsenkung gäbe. Er bedankt sich bei Herrn Seidel, der den Bauhof schnell geschickt habe.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Katzenstein

Die Schriftführerin

Stadtrat Dr. Rothe